

Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr.,
monatlich 10 Sgr.,
mit Botenlohn vierteljährlich 1 Thlr. 7½ Sgr.,
monatlich 12½ Sgr.,
für Preußen vierteljährlich 1 Thlr. 5 Sgr.

Deutschland.

Berlin, 16. Juni. Sr. Majestät der König machte am Sonntag Morgens in Begleitung des Kronprinzen eine Promenade durch die Anlagen im Park von Babelsberg, erledigte hierauf einige Regierungsgeschäfte, wobei dann mit den übrigen in Potsdam residirenden hohen Herrschaften dem Gottesdienst in der Friede-Skirche bei und ertheilte Mittags dem Minister des Innern, Grafen Eulenburg, welcher gestern Morgens zu einer mehrtägigen Kur nach Karlsbad abgereist ist, eine Audienz. Nach Aufhebung der Tafel kam der König in Begleitung des Kronprinzen von Potsdam nach Berlin, hatte zunächst im auswärtigen Amte eine längere Unterredung mit dem Ministerpräsidenten Grafen Bismarck und besuchte hierauf die Ballet-Vorstellung im Opernhause. Der Kronprinz trat mit seinen militärischen Begleitern eine Inspektionsreise nach der Provinz Pommern an und wird spätestens am Donnerstag wieder nach Potsdam zurückkehren. Gestern Morgens 8 Uhr ist der König mittelst Extrazuges nach Schloss Fürstentum in Schlesien abgereist. Das Dr. Junger wurde bei der Ankunft in Görlitz eingenommen.

Berlin, 15. Juni. Der österreichische patriotische Hilfsverein für verwundete Krieger, Militär-Witwen und Waisen hat Ihre Majestät die Königin zum Ehren-Mitgliede ernannt und Allerhöchsthier das Diplom mit folgendem Schreiben übersandt:

„Eure Majestät! Die hingebenden Bemühungen der preussischen Hilfsvereine, den verwundeten und erkrankten Kriegern Trost und Hilfe zu spenden, haben an dem liebevollen und segensreichen Willen Eurer Majestät ein leuchtendes Vorbild gefunden. Mit Dank erinnern wir uns dieses edlen, an allen Opfern des Krieges mit gleicher Liebe geübten Samariterwerkes, und mit Bewunderung gedenken wir der bei diesem echt-menschenfreundlichen Willen so glänzend entfalteten Thätigkeit eines hochsinnigen Frauenberufes. Als Zeichen seiner rühmlichstesten Dankbarkeit erlaubt sich der österreichische patriotische Hilfsverein für verwundete Krieger, Militär-Witwen und Waisen Eurer Majestät das Diplom als Ehrenmitglied mit der hierergehenden Bitte zu überreichen, Allerhöchsthierbei geruhen, den Verein durch die allergnädigste Annahme zu beglücken.“

Mit den beifolgenden Statuten und Mitgliedsberichten aus den Jahren 1866 und 1867 erlauben wir uns eine Darstellung unserer Organisation und unserer bisherigen Thätigkeit zur Allerhöchsten Kenntniss zu bringen.

Wien, den 21. April 1868.

(Unterschriften.)

Ihre Majestät hat hierauf in folgender Weise geantwortet: „Die Wahl zum Ehrenmitglied des österreichischen patriotischen Hilfsvereins für verwundete Krieger ehrt und erfreut Mich. Ich nehme dieselbe um so dankbarer an, da Ich diesen Beweis des Vertrauens, das in ernster Zeit entstanden ist, wohl zu schätzen weis und in vollem Maße erwidere. Das Band christlicher Fürsorge, das uns ohne Unterschied der Stände, des Geschlechts und der Konfession zu einem großen gemeinsamen Zwecke vereint und in dem insbesondere der Frauenberuf seine volle Entwicklung findet, wird bald das werthvolle Gemeingut aller gebildeten Nationen werden. Auf ihm ruht der reichste Segen, in ihm liegt eine Gewähr für unsere Zukunft. Meine besten Wünsche begleiten die Wirksamkeit des österreichischen Vereins, dem Ich von nun an als Mitglied angehöre.“

Baden, den 6. Juni 1868.

(Sgt.) „Augusta.“

Es bestätigt sich, daß Belgien am 1. Juni gelegentlich des von Mecklenburg erhobenen Entschädigungs-Anspruches wegen des Transitzolls auf der Eisenbahnstrecke von Wüström bis Pajewall seine, Belgien, Forderung an Mecklenburg wegen des Scheldegolles in Verbindung mit der Angelegenheit der Bundesflagge durch eine an den Bundeskanzler gerichtete Note in Erinnerung gebracht hat. Von Interesse ist, daß Mecklenburg in der bei dem Bundesrathe eingebrachten Motivierung seines vermeintlichen Anspruches sich auf die stattgehabte Ablösung mehrerer Zölle beruft und unter Andern auch den Scheldegoll anführt, der doch nach der Note des Herrn v. Derpjen vom 16. Oktober nur gleichsam ein Geschenk sein sollte, welches die verschiedenen Regierungen Belgien gemacht haben.

Bekanntlich hatte der Bundesrath des norddeutschen Bundes beschlossen, die Bundes-Regierungen zu ersuchen: 1) Die Fortsetzung und Vollendung des Grimm'schen deutschen Wörterbuchs theils mit Geldmitteln und insbesondere dadurch zu unterstützen, daß den zur Fortsetzung und Vollendung des Werkes berufenen Gelehrten solche Stellen zu Theil werden, welche nicht allein ihre notwendigen Bedürfnisse decken, sondern auch genügende Ruhe zur raschen Fortsetzung des Werkes gewähren; 2) dem Bundeskanzleramt ihre entsprechenden Entschädigungen mitzutheilen. In Folge dessen haben die Regierungen der drei Hansestädte Lübeck, Hamburg und Bremen, ihren Bundesgenossen mit gutem Beispiele vorangehend, eine jährliche Unterstützung von 250 Thlen. vorläufig auf 5 Jahre zugesagt.

Der „St.-Anz.“ veröffentlicht in seiner neuesten Nummer das Gesetz über die Besteuerung des Tabaks.

Berlin, 15. Juni. (Norddeutscher Reichstag.) 23. Sitzung. Präsident: Dr. Simon. Die Sitzung wurde um 10 Uhr 22 Minuten eröffnet. Das Haus ist auf beiden Seiten sehr schwach besetzt, am Tisch des Bundesrats Delbrück und mehrere Bundeskommissionen. Eine Reihe von Urlaubsgesuchen wird heute wieder publiziert. Hr. v. Hammerstein möchte seine Reise nicht gern unterbrechen, da der Reichstag ja doch in wenigen Tagen geschlossen würde. Der Präsident erklärte diese Annahme als irrig, worauf das Haus den Urlaub verweigert. Auf der Tagesordnung steht zunächst die Abstimmung über die Maß- und Gewichtsordnung nach den Beschlüssen des Hauses in der vorigen Sitzung. Der Entwurf wird mit geringer redaktioneller Aenderung angenommen. — Der zweite

Gegenstand der Tagesordnung ist die Vorberatung der Gesetzentwürfe, betreffend die Verwaltung der nach Maßgabe des Gesetzes vom 9. November 1867 aufzunehmenden Bundesanleihe. — Bei Eröffnung der Generaldebatte erhält Abg. Fries das Wort. Nur über die Art und Weise der Beschaffung der Mittel könne gestritten werden, ob durch Anleihe oder Erhöhung der Matrikularbeiträge. Er halte den letzteren Weg für den geeigneteren. (Redner ist an unserer Stelle nicht im Zusammenhange zu verstehen.) Für eine Anleihe könne er sich nur erklären, wenn kein anderer Weg offen stehe. Die Beitragspflicht der kleinen Staaten bleibe immer dieselbe, die Verzinsung und Tilgung der Anleihe müsse auch durch Matrikularbeiträge erfolgen. (Die Unruhe des Hauses ist so groß, daß die Stenographen sich beim Präsidenten beschweren.) — Abg. Schwerin befragt den Entwurf. Die Anleihe sei früher schon bewilligt, heute könne nur die Frage der Verwaltung der Anleihe aufgeworfen werden. Ueberdies hätten die Regierungen bereits ihre Zustimmung zu einer Erhöhung der Matrikularbeiträge versagt. — Abg. Waldeck gegen den Entwurf. Er halte den Weg der Anleihe nicht für unbedingt geboten. Handle es sich um Aufgaben eines konstitutionellen Rechts, so müsse das Aequivalent ein bedeutendes sein. Wir haben noch keinen geordneten Bundesstaat, kein Bundesministerium, es herrsche hier noch Willkür und Absolutismus, Dank der Reichsverfassung. Es fehle an einer geordneten Verwaltung, wie sie der preussische Staat im Jahre 1820 geschaffen habe. Dem Landtage von 1847 sei man mit einem ganz andern Einkommen gekommen wie dem heutigen Reichstage. Man habe damals die Eisenbahn-Anleihe verweigert, um wohl keine wohlverordneten Rechte aufzugeben. Bei Konstitutionierung der preussischen Schuldenkommission zu einer norddeutschen können zwischen beiden leicht Konflikte entstehen. Man bewillige heute die Anleihe und tröste sich damit, daß vielleicht eine Gelegenheit kommen werde zur Wahrnehmung der Rechte des Hauses. Die Erfahrung beweise aber, daß solche Gelegenheit nicht komme und der Rest vor der Volksvertretung verloren gehe. Redner kommt auf die Bedürfnisfrage und verweist darauf, daß bei der schnellen Aufeinanderfolge der neueren Erfindungen viele Ausgaben vergebens gemacht werden.

Abg. Lasker: Die Nothwendigkeit der Anleihe sei schon im vorigen Jahre anerkannt. Er sei für das Gesetz, obgleich er für den bekannten §. 17 früher gestimmt habe. Die heutige Frage ist nicht identisch mit derjenigen, welche dem Hause bei Beratung des Bundesanleihegesetzes vorgelegen. An den §. 17 habe man bei Beratung der Anleihe nicht gedacht, erst dann sei der Paragraph in Vorschlag gebracht, als es sich um eine dauernde Institution gehandelt habe. Wenn die Regierung die Frage stelle, ob die Marine zu Grunde gehen, oder das Gesetz in der von ihr vorgeschlagenen Fassung zu Grunde kommen solle, könne sich das Haus nicht ablehnend verhalten. Zu seinem Leidwesen sei diese Frage von der Regierung gestellt. Wenn die Noth eintrete und Institutionen des Vaterlandes gefährdet seien, so werde er im konkreten Falle immer sich so entscheiden wie heute. Auf den prinzipiellen Standpunkt des Abg. Waldeck habe das Jahr 1866 die Antwort gegeben. Unsere Flotte habe seit langer Zeit dem Volke und seiner Vertretung am Herzen gelegen. Seit 1866 sei die Entwicklung der Flotte vorgegriffen, dieselbe habe aber kein Ansehen unter der Ungunst der Verhältnisse, namentlich unter unseren reaktionären Ministerien leiden müssen. Sollte die Flotte jetzt zu Grunde gerichtet werden, bloßer Formalismus wüßte? Wüßte der Bund nicht alsdann mit Besorgnis vindicten auf die Bildung der skandinavischen Union? Bei heutiger Sachlage sei die Prinzipienfrage nicht zu entscheiden. — Abg. v. Kirchmann gegen die Vorlage. (Das Haus leert sich unter großer Unruhe.) Redner wendet sich gegen den Abg. Lasker, der die Würde des Hauses für gefährdet erklärt habe bei Gelegenheit der Beratung des Schuldengesetzes. Man könne keinen heftigeren Schlag führen gegen die Autorität des Hauses, als wenn man das heutige Gesetz annehme und in zu demjenigen sage, was man vor zwei Monaten verworfen. (Laut: Sehr richtig.) Was werde das Volk zu solchem Verfahren sagen? Es werde den Vorwurf der schlechten Information oder der Charakterchwäche erheben. Das Prinzip der Anleihe führe zu immer größerer Schuldlast. Die Regierungen reden immer von dem einmaligen Falle, der aber immer wiederkehre. Redner verweist auf die neueren Erfindungen, nach welchen sich die Ausgaben für die Panzerschiffe nicht mehr als eine unabwendbare Nothwendigkeit herausstelle. Es sei kein Unfug, wenn die Pläne für den Ausgibetisch nicht realisiert werden. Nach den großen Erfolgen des Bundeskanzlers sei es zu erklären, daß die Beharrlichkeit des Willens desselben bedeutend erhöht sei und er sich auch unter ruhigen und friedlichen Verhältnissen in seine Kontrolle finden könne. Eine Empfindlichkeit sei dabei im Spiele. Das einmalige Nachgeben des Hauses führe unter solchen Umständen zu nichts, die Gelegenheit zu Wahrnehmung der Rechte werde nie kommen, wenn hier die Festigkeit geopfert werde.

Abg. Bethusy-Suc: Mit der Annahme des Gesetzes trete das Haus keinem früheren Beschlusse entgegen. Redner geht weitläufiger auf die Bedeutung des §. 17 des Schuldengesetzes ein. Der reale Gewinn für die Marine sei ihm höher als der ideale Gewinn jener Bestimmung. — Abg. Dr. Löwe: Man motive seine Gewissensbedenken mit Konjunkturalpolitik; er hätte den Abg. Lasker für einen biffenen Geschäftsmann gehalten und es nicht für möglich gehalten, daß derselbe heute schon keinen Entschluß verleihe, wie er sich in späteren Fällen der Regierung gegenüber verhalten wolle. Es liege gar kein Beweis für die Nothwendigkeit einer Nachgebiltheit vor. In der gegenwärtigen Entwicklung der Marine seien ungewisse Momente eingetreten, in welchen man sich fragen müsse, ob der richtige Weg eingeschlagen werde. Die historische Erfahrung lehre uns, daß in Finanzfragen nicht alle Hindernisse beseitigt werden dürfen; der Minister Grafenbergh habe das Gesetz von 1820 als seine letzte und große That hinterlassen und nicht weniger Patriotismus gezeigt, als andere Staatsmänner heutiger Tages. — Präsident Delbrück betont, daß große Interessen die Entwicklung der Marine fordern, dessen seien alle Bundesregierungen überzeugt. Wenn das Gesetz heute angenommen werde, so werde er noch heute nähere Aufschlüsse geben können über die Art der Ausführung der Arbeiten. — Abg. v. Molke: Auch er sähe wie jeder vernünftige Mensch die enormen Ausgaben für Kriegszwecke lieber zu Friedenszwecken verwendet. Auf dem Wege der internationalen Verhandlungen werde dies aber nicht erreicht werden. Im Herzen Europas müsse sich eine Macht bilden, welche, ohne selbst erobert anzutreten, so stark sei, daß sie Andern den Krieg verbieten könne. Diese Macht müsse das geeinigste Deutschland sein. Auch beim Militär verfolge man die Erfindungen der Wissenschaft. Dieselben müssen aber kriegerisch gemacht werden. Das Zündnadelgewehr sei nach 20 Jahren erst zu einer brauchbaren Waffe gemacht, deshalb bedürfe es sowohl der Beobachtung der auswärtigen Erfindungen wie der heimischen Proben. Wenn man sage, daß die Geschosse schließlich alle Panzer durchschlagen werden, so würden seines Erachtens doch noch zwei Kriege zur Entscheidung dieser Frage erforderlich sein. In diesen Kriegen bedürfe man aber noch der Panzer und Befestigungen. Unsere Nachbarn, schließt Redner, wissen, daß wir sie nicht angreifen wollen, sie sollen sich aber auch selbst bewacht werden, daß wir uns nicht angreifen lassen. Dazu bedürfe es einer starken Armee und Flotte. Er vertraue in dieser Frage dem Patriotismus des Hauses.

Abg. Dr. Braun: Es sei ganz unpassend, Stellen aus früheren Reden zu citiren, denn sie beschränken sich auf Worte und verschwiegen den Zusammenhang. Es sei das eine leichte Art, sich den Wählern durch angebliche Konsequenz zu empfehlen. Er freue sich, daß ein so großer Theil der Vertretung statt einer bloßen Konsequenzerei dem Patriotismus und nur dem Patriotismus folge! (Beifall.) Die Redeart, man müsse den Stier bei den Hörnern fassen, könne man doch nun endlich fortlassen. Er halte die Verhandlungen zwischen Reichstag und Bundesrath für nicht

weniger als Stiergefächte. Bei der Einrichtung der preussischen Kontrolle des Staatsschuldenwesens könnten Vorgänge wie die unter Herrn v. Brud in Oesterreich gar nicht vorkommen, die zu Folgen führten, welche zwar von gewissen Politikern bewundert würden, aber ohne zu sagen, ob sie ein verschämter oder unverschämter Bankrott sind.

Der Schluß der General-Debatte wird mit großer Majorität beschlossen. — Zu §. 1 spricht Abg. Dunder: Er wisse den Vorwurf entschieden zurück, daß sich die Minorität nicht vom Patriotismus leiten lasse. Wenn einer der Herren Vorredner geäußert, daß das geeinigste Deutschland die nöthige Machtstellung auf die Armee und Flotte stützen müsse, so meine er, daß die Macht eines Staates sich doch auch noch auf andere Grundlagen stützen müsse, namentlich auf geregelte parlamentarische Rechte. Er empfehle die Ablehnung des Gesetzes. — Abg. Riquel: Er sei sehr erfreut, daß die heutige Debatte Gelegenheit gegeben habe, den Gegensatz zwischen seinen Freunden und der Fortschrittspartei zu konstatiren. Der Abg. Waldeck habe erklärt, daß selbst die Gefahr und Noth des Vaterlandes nicht Ursache sein dürfe, den Streit um parlamentarische Rechte zu stillen! Seine Partei denke das Gegentheil. Die Herren von der Fortschrittspartei verkehrten die Frage; sie leugneten, daß ein Kompromiß vorliege. Das heutige Verhalten der Regierungen sei entweder eine volle Widerlegung des Bedachts, daß sie durch Einstellung der Marine-Arbeiten eine PreSSION beabsichtigt haben, oder ein voller Rückzug. Die nationalliberale Partei sei nicht gewillt, große patriotische Zwecke einer bloßen Konsequenzerei zu opfern.

Abg. v. Schweiger: Die Regierungen wollen Selbst. Der Reichstag war der Ansicht, daß man dies Geld nicht geben könne ohne eine gewisse Garantie. Heute wird derselbe Vorschlag gemacht ohne Garantie, und Sie — wollen darauf eingehen. Ich konstatire daher im Interesse der Demokratie nur, daß eine solche Wendung unmöglich wäre, wenn diese Versammlung nicht bloß scheinbar, sondern in Wirklichkeit aus dem allgemeinen Wahlrecht hervorgegangen wäre. Nur das scheinbare allgemeine Wahlrecht konnte Mittelpartei, wie die national-liberale, in dies Haus bringen. Nicht an unsern, an ihren eigenen Patriotismus sich zu wenden, haben die Regierungen Veranlassung. — Abg. v. Koon giebt hierauf Erklärungen über die Marine-Reduktionen, die wir morgen früh ausführlich mittheilen werden. — Abg. Frhr. v. Molke: Ich habe nur ein Mißverständnis des Herrn Abg. Dunder zu berichtigen und hoffe, mich dabei ebensoviele vom Artikel 1 des Gesetzes zu entfernen, als es die Herrn Vorredner gethan haben (Beifall). Ich habe nicht gesagt, wir brauchen ein einiges Deutschland, um ein großes Heer und eine große Flotte zu haben, sondern umgekehrt, daß wir Heer und Flotte brauchen, um zu einer Einigung zu gelangen, die dann hoffentlich einmal eine Herabsetzung dieser großen Ausgaben für militärische Bedürfnisse möglich machen würde. (Bewegung.) — Abg. Riquel wendet sich gegen mehrere Mißverständnisse des Abgeordneten v. Koon, wird jedoch vom Präsidenten als nicht zum §. 1 sprechend unterbrochen. — Die Diskussion über §. 1 ist geschlossen. — Vor der namentlichen Abstimmung über denselben wird das Amendement v. Vernuth mit großer Majorität (bagegen die Rechte) angenommen, welches den Schlußsatz: „Die Hauptverwaltung der Staatsschulden ist dafür verantwortlich, daß eine Konvertirung u. s. w.“, wie folgt, lautet: „Die im §. 6 des vorgenannten Gesetzes (nämlich des preussischen vom 24. Februar 1850) ausgesprochene u. bedingte Verantwortlichkeit der Hauptverwaltung der Staatsschulden erstreckt sich auch darauf, daß eine Konvertirung u. s. w.“ — Der so amnestirte §. 1 der Vorlage wird in namentlicher Abstimmung mit 151 gegen 41 Stimmen der Fortschrittspartei, der äußersten Linken und einzelner Mitglieder der liberalen Fraktionen angenommen. (Mit Nein stimmen Ausfeld, Dr. Becker, Bodt, v. Bodum-Dolffs, Bödel, Drog, Dunder, Fries, Hüßling, Hagen, Harfort, Heubner, v. Hilgers, v. Hoyer, Kautal, v. Kirchmann, v. Kleinsorgen, Kraus, Kreuz, v. Loß, Löwe, Lorenzen, zur Megebe, Meullenberg, Dr. Müller (Kauhan), v. Mühlhausen, Neubronner, Pauli, v. Proff-Trach, Reinde, Richter, Riebel, Runge, Schleiden, Schulze, v. Schweiger, Waldeck, beide Wiggers, Ziegler, Zarmaylen.)

Demgemäß wird §. 2 in der v. Vernuth empfohlenen Redaction genehmigt und ebenso der Rest der Vorlage. Nach diesem ersten Beschluß, dem die definitive Genehmigung unweifelhaft folgen wird, kündigt Präsident Delbrück, auf diese Voraussetzungen gestützt, die Aenderungen an, welche die nunmehr bevorstehende Effectuirung der Marineanleihe auf den Marine-Etat des Bundeshaushaltes pro 1869 ausüben wird. Die Vorberatung des Etats kann nunmehr fortgesetzt werden. — Das Haus ist in hohem Grade ermüdet, die Hitze im Saal kaum erträglich. Die Tagesordnung wird gleichwohl fortgesetzt. Der Postortrag mit Belgien wird ohne Diskussion genehmigt. Endlich die Anträge zur Geschäftsordnung: 1) Graf Münster: das Mandat jedes Mitgliedes für erloschen zu erklären, das ohne Urlaub während 10 auf einander folgender Sitzungen fehle. 2) Reinde: Ein beschlußfähiges Haus soll auch nicht debattiren. — Ref. Garnier beantragt die Ablehnung des Münsterschen Antrages. — Abg. Braun (Wiesbaden) für den Antrag: Energetische Mittel seien anzuwenden, um die Beschlußfähigkeit des Hauses zu erhalten. Man komme aber die Thatsache der Nichtbeschlußfähigkeit nicht dadurch hinweg, daß man denjenigen, der etwa Auszahlung des Hauses beantrage, mit solchen Augen ansehe, denn über diesem Hause stehe noch ein anderes höheres, wenigstens höher situiertes Haus (auf die Journalisten-Tribüne haltend), das Niemand hindere, sobald es wolle, die Auszahlung vorzunehmen und etwaige Nicht-Beschlußfähigkeit durch die Presse zu konstatiren. — Nachdem noch Abg. Schleiden den Antrag bekämpft, wird er zurückgezogen, unter dem Vorbehalte, ihn bei Gelegenheit wieder einzubringen. — Abg. Garnier referirt auf über den Antrag Reinde, wobei er sich lebhaft darauf bezieht, daß der Wortlaut der Verfassung nur von der „Beschlußfähigkeit“ spricht, und daß ein praktisches Bedürfnis zur Annahme des Reinde'schen Antrages nicht vorhanden sei. — Abg. v. Hoyerbed ist zwar mit diesen Gründen nicht einverstanden, hält aber einen Beschluß des Hauses in dieser Frage nicht für notwendig und ist darum gegen den Reinde'schen Antrag. — Der Antrag Reinde, von ihm selbst lebhaft verteidigt, wird mit sehr großer Majorität abgelehnt.

Schluß 4½ Uhr. Nächste Sitzung Dienstag 10 Uhr. (Tagesordnung: Quartierleistung, Rechtsverhältnisse der Bundesbeamten, Spielbanken, Antrag Wiggers betreffend das religiöse Bekenntnis. Der Präsident wird das Haus morgen fragen, ob diese Woche hindurch nicht Abendkaffee abgehalten werden sollen (große Unruhe) und unter dem Eindruck dieser Anlaufung trennt sich die Versammlung.) (+ 26 Grad R.)

Auf die Tagesordnung einer der nächsten Plenar-Sitzungen wird gesetzt werden die Schlußberatung über den Antrag des Abg. Frhr. von Hagle: Der Reichstag wolle beschließen: den Bundeskanzler zu ersuchen, 1) die zur Wiederherstellung eines deutschen Reichsarchivs erforderlichen Schritte zu thun, und 2) dahin zu wirken, daß die öffentliche Archive der zum norddeutschen Bunde gehörigen Staaten diejenigen Reformen erhalten, welche dem wissenschaftlichen und dem nationalen Bedürfnisse entsprechen. — Referent ist der Abg. Dr. Bernhardt; Korreferent der Abg. Dr. Häffer. — Der Antrag des Referenten lautet: „Der Reichstag wolle beschließen: den vorstehenden Antrag anzunehmen und zwar mit dem weitesten Erlaß an den Herrn Bundeskanzler, über die Art und Weise der Ausführung ein Gutachten sachkundiger Fachmänner einzuziehen, und unter Berücksichtigung desselben einen entsprechenden Betrag in den nächsten Haushalts-Etat des norddeutschen Bundes aufzunehmen.“ — Der Antrag des Korreferenten geht dahin: „Der Reichstag wolle beschließen: dem ersten Theile des Antrages des Frhr. v. Hagle seine Zustimmung nicht zu geben; dem zweiten Theile, sowie dem Zusatzantrage des Herrn Referenten denselben zu ertheilen.“

Freiburg i. Schl., 15. Juni. Der König ist im besten Wohlfahrte um 4 1/2 Uhr Nachmittags in Alt-Liebfrau eingetroffen. Nach Begrüßung durch den Grafen Burghaus und Namens des Fürstbischöfs durch den Domherrn Neulich, sowie Seitens des Offizierskorps des zweiten Jägerbataillons wurden dem König die Vertreter der Stadt Freiburg vorgestellt. Der König setzte, begleitet vom Fürsten zu Pleß, die Fahrt zu Wagen nach dem Schloß. Fürstentum fort, wo derselbe vom Ober-Präsidenten der Provinz Schleien, Freiherrn v. Schleien und dem kommandirenden General v. Tümppling empfangen wurde.

Kiel, 15. Juni. Der Brand auf der Fregatte „Herttha“ ist durch Wassereinlauf gelöscht worden. Das Schiff sank bis über die Kuppel und ist heute noch nicht leer gelaufen.

Schwerin, 15. Juni. Gegenüber der Meldung einiger Zeitungen, daß der Eintritt Mecklenburgs in den Zollverein definitiv auf den 1. Juli v. J. festgesetzt sei, wird an unterrichteter Stelle versichert, daß über den Zeitpunkt des Eintritts noch nichts festgesetzt ist. Die notwendigen Vorarbeiten dürften bis zum 1. Juli noch nicht vollendet sein.

Ungland.

Wien, 14. Juni. Es kommen immer mehr Indicien zu Tage, die dafür sprechen, daß die Mörder des Fürsten Michael von Serbien von politischen Motiven geleitet waren. Sie gehörten zu den Anhängern der Familie Karageorgewitsch. Der 1858 entthronte Fürst Alexander, der bisher mit seiner Gemahlin zu Boslau weilte, hatte sich in den letzten Tagen auf seine Güter in Niederungarn begeben. Die „Temesvarer Zeitung“ erklärt ganz offen: „Im Interesse Ungarns und Oesterreichs sei es erwünscht, wenn Fürst Karageorgewitsch, der reichlich Zeit gehabt habe, über die Irrungen seiner ersten Regierungsperiode ins Reine zu kommen, um auf Grundlage der geschöpften Erfahrungen weise und friedlich zu regieren, auf den einmal schon innegehabten Fürstenthum zurückgekehrt.“ Die jugoslawische Partei endlich war dem Attentat nicht fremd. — Die Kugeln, welche Anca, die Tochter Ephrems, des Bruders des alten Milosch, die Wittve eines Constantinowitsch, bei dem Attentat an der Seite Michaels tödlich trafen und deren Tochter Katharina gefährlich verwundeten, waren mit Absicht auf beide Damen gerichtet. Der Fürst hatte die Katharina heirathen wollen und die Hindernisse, die seinem Plane entgegenstanden, endlich beseitigt. Seine Ehe mit der Gräfin Hurbahy, die kinderlos geblieben war, war nicht völlig gelöst. Alle früheren Versuche, eine gesegnete Scheidung zu erzielen, scheiterten an dem Widerstand der betreffenden kirchlichen Behörden; weder das serbische, noch das Konstantinopeler, noch ebensoviele das griechisch-orientalische Petersburger Patriarchat waren bisher weiter zu bewegen, als bis zur Trennung von Tisch und Bett des Fürsten von seiner Gemahlin. Nun sollen sich jedoch diese geistlichen Autoritäten neuerdings gefügiger gezeigt haben und die Möglichkeit der Geburt eines Thronfolgers näher gerückt sein. Daher der gleichzeitige Anfall auf den Fürsten und seine Cousine. Wer von den Verschwörern verhaftet ist, darüber geben die Nachrichten noch auseinander, doch liegen über die bürgerliche Stellung derselben. Nach den Einen sind es der Gymnasialdirektor von Belgrad, Radovanowitsch und dessen beide Söhne, der eine Ingenieur, der andere Advokat. Andere sprechen von einem Radovanowitsch, der wegen Beschäftigung vor nicht langer Zeit zu Schanzarbeit verurtheilt worden war. Einigen Nachrichten zufolge soll der gefangene frühere Gymnasialdirektor in seinem ersten Verhöre ausgesagt haben, er habe den Fürsten und dessen Cousine Anca umgebracht und auch die Tochter der Letzteren zu tödlichen versucht, weil der Fürst seine Tochter verführt und um ihre Ehre gebracht habe. Wenn aber auch Familienrache das Motiv der That war, so war derselben die Politik doch nicht fremd. Der für die Karageorgewitsch wirkende Geheimbund erstreckte sich bis nach Ungarisch-Serbien hinein bis Neusatz; Mitglied desselben soll auch Peter, der Sohn des entthronten Alexander sein.

Wien, 15. Juni. Die „Neue freie Presse“ stellt die Nachricht in Abrede, wonach Milan Obrenowitsch bereits von Paris die Reise nach Belgrad angetreten haben sollte. — Das Blatt meldet, der serbische diplomatische Agent Ristic habe sich von Wien nach Paris begeben, um den jungen Fürsten nach Belgrad abzuholen.

Paris, 13. Juni. Mehrere auswärtige Blätter, namentlich auch die „Times“, hatten sich über eine Art von Rekognoskierung berichtet lassen, welche die Straßburger Militärsautoritäten kürzlich in sehr demonstrativer Weise von Rehl aus das rechte Rheinufer hinab unternommen hätten. Der „Konstitutionnel“ führt diese Geschichte auf folgenden, ganz harmlosen Hergang zurück. Seit mehreren Jahren beschäftigten sich die französische und die badische Regierung mit der Regulierung des Rheinflusses. An vielen Stellen hoben die Ausstrahlungen des Flusses bedenklichen Schaden anrichtet und Reparaturen und kleinere Befestigungen nöthig gemacht. Die an den Ufern wohnenden Bevölkerungen verlangten, mit jedem Tage mehr bedroht, diese Arbeiten in der dringendsten Weise. Die badische Regierung hat sich, man muß das anerkennen, in der löblichsten Weise beeilt, die Arbeiten auf dem rechten Ufer in Angriff zu nehmen. Wir unsererseits sind minder vorgeschritten. Durch ein kaiserliches Dekret vom 25. Januar 1867 wurde für die Vollenbung der Rheinarbeiten ein Kredit von 18 Millionen eröffnet, der sich aber auf 18 Jahre vertheilt. Wäre es nicht mit Rücksicht auf die Dringlichkeit der Sache angemessen, die jährlichen Bewilligungen durch Einschränkung des Kredits auf einen kürzeren Zeitraum zu vermindern? Diese Frage legte sich von selbst nahe und führte zu einer Art von Enquete, einer Untersuchung an Ort und Stelle, an welcher der General der Division (Dulrot), der Präfekt und die Ingenieure Theil nahmen. Die Maitres der beteiligten Gemeinden wurden einberufen. Eine Untersuchungsreise wurde auf dem Rhein unternommen; sie dauerte drei Tage. Das Schiff der Ingenieure ging von der Schweiz bis nach Rheinfelden, von Basel bis nach Lauterburg, ungefähr 184 Kilometer. Diese gewiß sehr friedliche Rekognoskierung ist es, welche der Korrespondent der „Times“ in eine Art von Invasion des deutschen Gebietes verwandelt. Er verwehrt sich und verwirrt Alles; er nimmt Hagenau für Hünningen, Deiche für Befestigungen und Fernrohre für Schiffsartillerie. Wissenschaftliche Beobachtungen verwandelt sich für ihn in strategische Studien und eine einfache Promenade in eine Kavalleriecharge; er glaubt die Trompete von Balaklava zu hören.

Belgrad, 15. Juni. Die Begehung des Fürsten Karageorgewitsch als Hauptes der Verschwörung zu dem Attentat gegen das Leben des ermordeten Fürsten Michael tritt immer entschiedener in den Vordergrund. Es verlautet, die provisorische Regierung dürste sich bewegen finden, ein Auslieferungsgesuchen an Oesterreich zu stellen. Die provisorische Regierung hat ein Verleumdungsschreiben vom rumänischen Hause der Abgeordneten erhalten.

— Die Verhaftungen dauern fort. Die Verhafteten gehören der sogenannten Revolutions-Omladina an. Darunter befinden sich drei Verwandte des Fürsten Karageorgewitsch, Prof. Stangewitsch und die Senatoren Sternatowitsch und Meterowitsch, ferner der Hauptmann bei der Kavallerie Nedabowitsch, dessen Bruder Sinid Nedabowitsch und der Zuchtinspektor Nedabowitsch.

— Lord Stanley hat den hier residirenden britischen Generalconsul F. A. Longworth angewiesen, der provisorischen Regierung das Beileid der Königin auszudrücken. Gleichzeitig wird die Erwartung ausgedrückt, daß die Regierung sich bei Behandlung der Thronfolgefrage auch fernerhin fremden Einflüssen unzugänglich erweisen werde. England wolle seinen ganzen Einfluß dahin aufwenden, daß die Erledigung der Thronfolgefrage unbeeinträchtigt von fremden Einflüssen und dem serbischen Volkswillen entsprechend herbeigeführt werde.

Alexandria, 13. Juni. Die früher von dem Könige Theodoros gefangen gehaltenen Europäer Rosenthal, Rastam und Stern sind gestern von hier nach England abgegangen.

Pommern.

Stettin, 16. Juni. Die Sr. K. H. dem Kronprinzen zu Ehren vom Offizierskorps der Garnison gestern veranstaltete Festfahrt nach Frauendorf war vom herrlichsten Wetter begünstigt. Die Gesellschaft hatte sich auf die beiden Festschiffe „Wollner Greif“ und „Haff“ vertheilt. Am Bord des ersteren befand sich der Kronprinz. Auf „Elisenhöhe“ wurde das Souper eingenommen, während dessen die Musikkorps des Königs und des 14. Infanterie-Regiments abwechselnd konzertirten. Gegen 10 Uhr schiffte sich die Gesellschaft ein und die beiden Festschiffe, denen eine ganze Dampf-Flotille folgte, traten im mäßigsten Tempo die Rückfahrt an. Viele Etablissements am diesseitigen Oder-Ufer waren durch bengalische Flammen erleuchtet, hin und wieder wurden auch Raketen und andere Feuerwerkskörper abgebrannt. Erst gegen 11 Uhr erfolgte die Landung unter tausendstimmigem Hurra der am Bordwerk versammelten Volksmenge.

Heute Vormittag nach brendeter Inspektion gab Sr. Königl. Hoheit der Kronprinz den Spitzen der hiesigen Civilbehörden in seinem Palais ein Dejeuner. Um 12 1/2 Uhr erfolgte per Extrazug die Abfahrt nach Alt-Damm. Von dort fährt der Kronprinz per Extrapost nach Pyritz, insizirt das Füsilierbataillon des 9. Regiments und begibt sich sodann zur Inspektion des 1. und 2. Bataillons desselben Regiments nach Stargard. Nach Beendigung der Inspektion findet ein Dinner des Offiziers-Korps und sodann die Rückreise nach Berlin statt. Später begibt sich der Kronprinz zur Inspektion nach Neuvoipommern.

— Dem Vernehmen nach ist dem Herrn Polizeidirektor von Warschau der Rothe Adlerorden 3. Klasse verliehen und ihm derselbe heute Seitens der königlichen Regierung überhandt worden.

— Die Zufuhr zum heutigen Wollmarkt war stark. Sie betrug 18,637 Ctr. (gegen 16,763 Ctr. im vorigen Jahre). Die Wäsche ist in Folge der Dürre durchweg nur eine mittelmäßig gute, in einigen Fällen allerdings ausgezeichnet. Das Schurgewicht ist, wo mit Lupinen gefüttert wurde, 8 bis 10 pCt. höher als voriges Jahr; in Örgenden jedoch, wo die Züchter auf Heufütterung angewiesen, da das Heu theilweise durch den Regen verdorben war, hat man bis 15 pCt. Untergewicht pro Haupt. Früh war das Geschäft sehr stille, gegen 8 Uhr belebte sich dasselbe bei steigendem Preisabfall, der von 2 1/2 bis 10 Thlr. pro Ctr. gegen das Vorjahr differirte. Ganz ordinäre Bauwollen waren total vernachlässigt, wurden von 34 bis 37 Thlr. bezahlt, Mittelmollen brachten 57 1/2 bis 60 1/2, Dominalmollen 61 bis 64 Thlr., ganz feine von vorzüglicher Wäsche verzehelt 67 Thlr.; zu letzterem Preise sind Partien, die voriges Jahr 76 Thlr. holten, aus dem Markt zu Lager genommen, andere nach Berlin dirigirt. Händler, die auf den Gütern Wolle mit 62 Thlrn. bezahlt hatten, haben diese hier bis 3 Thlr. niedriger wieder abgegeben. Gegen Mittag verlaute das Geschäft abermals und war bis dahin nur circa 1/4, höchstens 1/2 der Zufuhr verkauft. Die wenigen anwesenden Rohbränter waren sehr zurückhaltend, da der Absatz in Luchen fehlt, die meiste Wolle ist daher von Spekulantinnen genommen.

— Die Bezirks-Regierungen sind veranlaßt worden, die evangelischen Geistlichen, Kirchenvorsteher und Kirchenpatrone auf den in Berlin bestehenden Verein für religiöse Kunst in der evangelischen Kirche hinzuweisen. Die Thätigkeit dieses Vereins, zu dessen Vorstände auch der Minister der geistlichen Angelegenheiten, Dr. v. Müller, gehört, erstreckt sich insbesondere auch auf die Beschaffung von Altargemälden und der zum Schmuck des Innern der Kirchen und zum Goltbedienste gehörigen Gegenstände und will hierbei mit Rath und That behülflich sein.

Bermischtes.

Coblenz. Beim Schluß der Prozeßion am Frohnleichnamsfest in Oberlahnstein fiel allgemein ein Mann auf, welcher bleich als einer Mauer lehnte. Er galt allgemein als ein Trunkener, bis ein vorübergehender Arzt ihn genauer ins Auge faßte, einer Erschöpfung erkannte und für den Lebenden edle Menschenfreunde interessirte. Der Mann war ein Schwabe, der in fünf Tagen von Constanz bis hierher gewandert war, gestern Abend Mainz verlassen hatte und, weil ihm die Geldmittel ausgegangen, ohne Nahrung geblieben war. Er fand Erquickung, er fand Hülfe, welche ihn durch das Dampfboot nach seinem Bestimmungsorte Düsseldorf brachte. Der Schwabe hatte bei Werthheim gegen die Norddeutschen gekämpft, war dort unter sein Roß gefallen, das ihn mit seiner Wucht gedrückt hatte, so daß er seit der Zeit kränkelte. Er ist einer jener Schreier, sagte ein Umstehender, welche unsere deutsche Bruderhand zerschneiden. Dann gerabe, entzogene ein Preuße, haben wir die Verpflichtung, uns seiner anzunehmen und dem Schreier durch Wohlthaten den Mund zu schließen. Wenn der Schwabe wieder nach seinem Rothweil an den Neckar zurückkommt, wird er seinen Landsleuten gewiß keinen Preußenhaß predigen.

— (Wie man in Hamburg spekulirt.) Hrl. Galmeyer bemerkte nach dem ersten Debut in Hamburg, daß ein eleganter junger Mann sich in der ersten Reihe des Parterres saß und sie mit Beifall überhäufte. Gegen derartige Aufmerksamkeiten ist keine Schauspielerin unempfindlich, und bald belohnte ein freundlicher Seitenblick die Bemühungen des Applaudirwüthigen. Ermutigt durch diese zarte Aufmerksamkeit, wartete der Jüngling vor dem Bühnenaugange, Hrl. Galmeyer erkannte ihn trotz der herrschenden Dunkelheit, und küßte ihn und erbat sich die Erlaubniß, sie im Hotel besuchen zu dürfen. Diese ward ihm nach einigem Widerstreben gewährt, und am andern Tage fand sich der Hamburger Jüngling in ihrem Salon ein. Die Bekanntschaft mit dem schwärmerischen Jüngling amüßte die Solistängerin, und Beide haben betrübten Sinnes dem Ende des Gastspieles entgegen. Am Vorabende der Abreise des Hrl. Galmeyer von Hamburg fand sich der schüchterne Jüngling bei seiner Gönnerin wieder ein. Sie sah ihm an, daß er etwas auf dem Herzen habe. „Was drückt Dir denn, mei Bubi?“ sagte sie zu ihm in dem ermutigendsten Tone, und zögernd erwiderte der Angesprochene: „Ich habe eine Bitte, es dürfte leicht sein, mir sie zu erfüllen, gebunden Sie sich einen Augenblick, ich springe nur in meine Wohnung und bringe die Kaffeetasse sogleich her.“ In froher Ahnung verbrachte die Schauspielerin die Spanne Zeit bis zur Wiederkehr des Jünglings. Der Schüchterne, dachte sie, er traute sich nicht einmal mir ein Souvenir zu überreichen. Was es wohl sein mag? Doch sie hatte nicht lange Zeit zur Ueberlegung, der Bittsteller war bereits zurückgekehrt, ein zerlumptes Kästchen unter dem Arm. „Sehen Sie, mein Fräulein,“ sagte er — indem er das Kästchen öffnete — „die feinsten Bremer Cigarren.“ Sie haben ja viele noble Bekanntschaften in Wien, nehmen Sie doch das Musterkästchen mit und rekommandiren Sie mich bei den Wiener Kavallieren. Ich bin ein Cigarrenhändler am Plage und garantire Ihnen zehn Prozent Rabatt.“ Die Enttäuschung und Enttäuschung zu schildern, die sich in den Zügen des Hrl. Galmeyer abspiegelte, wäre vergebliche Mühe. Für den Kenner der Lagen unserer Soubrette ist es wohl überflüssig, die komische Geschichte mit dem Schluß zu ergänzen, daß der Jüngling mit sammt seinen „Importirten“ sich plötzlich vor dem Thore des Hotels befand, ohne daß er wußte, wie er so schnell ein „Exportirter“ geworden.

Viehmarkte.

Berlin. Am 15. Juni c. wurden auf hiesigem Viehmarkt an Schlachtvieh zum Verkauf aufgestellt:

An Rindvieh 1460 Stück. Die Zutriften waren verhältnismäßig zu hiesigem Platzbedarf zu stark, obgleich einige hundert Stück Ochsen nach den Rheinlanden verkauft wurden, so konnte beste Qualität doch nur 16 bis 17, mittel 12 — 14, ord. 9 — 11 \mathcal{R} pro 100 Pfund Fleischgewicht erzielen.

An Schweinen 2535, welche bei sehr flauem Verkehr und gedrückten Preisen nicht geräumt werden konnten, selbst seine Kernwaare konnte nicht 17 \mathcal{R} pro 100 Pfd. Fleischgewicht erreichen.

An Schafvieh 17,304 Stück. Bei ungewöhnlich starken Zutriften war der Verkauf sowohl für hiesigen Platzbedarf als auch Exportgeschäfte nicht lebhaft genug, um mehr als mittelmäßige Durchschnittspreise erzielen zu können, es blieben daher eine bedeutende Anzahl Hammel unverkauft.

An Rälbern 956 Stück, welche ebenfalls nur zu gedrückten Preisen ausgeräumt werden konnten.

Schiffsberichte.

Stettin, 15. Juni, Vormittags. Angekommene Schiffe: Ocean Raib, Noble von Rummelsand. Goffnung, Laß von Danzig. Andreas Ostfild, Nadelund von Albed. Marie, Bartels von Kopenhagen. Brutus, Borgwardt von Sahnitz. Ceres (SD), Braun von Kiel. Stettin (SD), Brander von Leith. Anne Kristine, Johanson von Bergen.

Börsen-Berichte.

Stettin, 16. Juni. Witterung: schön. Temperatur + 18° N. Wind NO.

An der Börse.

Weizen steigend bezahlt, per 2125 Pfd. loco gelber inländischer 88 bis 96 \mathcal{R} , bunter poln. 88—91 1/2 \mathcal{R} , ungarischer geringer 62—72 \mathcal{R} bez., besserer Sorten 73—78 \mathcal{R} bez., feiner 79—83 \mathcal{R} bez., 83—85 pfd. gelber Juni 91 bez. u. Ob., 92 \mathcal{R} , Juni-Juli 86—86 1/2 bez. u. Ob., Juli-August 83—83 1/2 bez. u. Br., 83 1/2 Ob., Septbr.-Oktober 75 1/2 bis 76 1/2 bez. u. Ob.

Roggen fest und zu anziehenden Preisen gehandelt, pr. 2000 Pfd. loco 55—58 \mathcal{R} bez., 79—81 pfd. 58 1/2—60 \mathcal{R} bez., 82—83 pfd. 62 bis 63 1/2 \mathcal{R} bez., Juni 57 1/2—58 1/2 \mathcal{R} bez. u. Ob., Juni-Juli 55 1/2—56 \mathcal{R} bez., Juli-August 51 1/2—52 1/2 \mathcal{R} bez. u. Ob., 53 Br., September-Oktober 50 1/2—51 1/2 \mathcal{R} bez. u. Ob., 51 1/2 Br.

Gerste fest, per 1750 Pfd. loco schles., mährische u. ungar. 45—48 \mathcal{R} bez., Oberbruch 44 \mathcal{R} bez.

Safer unverändert, per 1300 Pfd. loco 34 1/2—36 \mathcal{R} bez., 47 bis 50 pfd. Juni 35 \mathcal{R} bez., Juni-Juli 34 1/2 \mathcal{R} bez.

Erbfen ohne Umsatz.

Winterabfassen pr. Juli-August successive Lieferung 69 \mathcal{R} bez., August-Septbr. 71 \mathcal{R} nom., Septbr.-Oktober 72 1/2 \mathcal{R} bez.

Rübsöl still, loco 10 \mathcal{R} bez. u. Br., Juni 9 1/2 \mathcal{R} Br., Juni-Juli u. Juli-August do., Sept.-Oktober 9 1/2 \mathcal{R} bez., 9 1/2 Ob.

Spiritus fest, loco ohne Faß 18 1/2 \mathcal{R} bez., Juni u. Juni-Juli 17 1/2 \mathcal{R} bez., Juli-August 18 1/2 \mathcal{R} Br., 18 Ob., August-September 18 1/2 \mathcal{R} bez., Septbr.-Oktbr. 17 1/2 \mathcal{R} bez., 17 1/2 Ob., Oktober-Nov. 16 1/2 \mathcal{R} bez.

Angemeldet: 50 Wpfl. Roggen, 10,000 Ort. Spiritus.

Berlin, 16. Juni, 2 Uhr 9 Min. Nachmittags. Staats-Schuldscheine 84 bez. Staats-Anleihe 4 1/2 % 35 1/2 bez. Berlin-Stettiner Eisenbahn-Aktien 136 1/2 bez. Stargard-Polener Eisenb.-Aktien 93 1/2 Ob. Oesterr. National-Anleihe 55 1/2 bez. Röm. Pfandbriefe 85 1/2 bez. Oberschlesische Eisenbahn-Aktien 184 1/2 bez. Wien 2 Mt. 81 1/2 bez. London 3 Mt. 6. 23 1/2 bez. Paris 2 Mt. 81 bez. Hamburg 2 Mt. 150 1/2 bez. Mecklenburger Eisenbahn-Aktien 72 1/2 Br. Oesterr. Banknoten 88 bez. Russ. Banknoten 83 1/2 bez. Amerikaner 6 % 78 1/2 bez.

Weizen Juni 71 1/2 bez., 72 Ob. Roggen Juni 51 1/2, 53 bez., Juni-Juli 51 1/2, 52 1/2 bez., Juli-August 49 1/2, 51 1/2 bez. Rübsöl loco 10 1/2 bez., Juni 9 1/2 bez., Sept.-Oktober 9 1/2, 1/2 bez. Spiritus loco 18 1/2 bez., Juni-Juli 18 1/2, 1/2 bez., Juli-August 18 1/2 bez., 1/2 Ob., August-Sept. 18 1/2, 1/2 bez.

Hamburg, 15. Juni. Getreidemarkt. Weizen und Roggen loco matt, auf Termine Anfangs weichend, später fester. Weizen pr. Juni 5400 Pfd. netto 149 Bankothaler Br., 148 Ob., pr. Juni-Juli 143 Br., 142 Ob., per Juli-August 137 Br., 136 Ob. Roggen pr. Juni 5000 Pfd. Brutto 91 Br., 90 Ob., per Juni-Juli 90 Br., 89 Ob., per Juli-August 87 Br., 86 Ob. Safer sehr stille. Rübsöl stille, loco und pr. Juni 21, per Oktober 22. Spiritus stille, 25 1/2. Kaffee verkauft 1000 Sack Rio loco. Zink sehr geschäftlos. — Schönes Wetter.

Amsterdam, 15. Juni. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen fest. Roggen per Juni 212, per Juli 211. Rübsöl per November-Dezember 34 1/2.

London, 15. Juni. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Fremde Zufuhren seit letztem Montag: Weizen 31,359, Gerste 14,803, Hafer 45,463 Quartals. Englischer Weizen knapp, nur ausgezeichnete Qualität 1 Sch. höher, fremder leblos, Preise nominell. Gerste im Laufe letzter Woche 1 Sch. gewichen. Hafer lebhaft. Stadtmehl 4 Sch. niedriger. Feindl loco Hull 32. — Sehr schönes Wetter.